

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. ...

Draht, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. - Wohnung: Bismarckstraße 237.

Unnötige Unfreundlichkeiten

Das Erstaunen der deutschen Öffentlichkeit über die Auffassungen des Reparationsagenten von der deutschen Zahlungs- und Leistungsfähigkeit, das schon nach dem ersten Auszug seines Zwischenberichtes sehr groß war, ist durch die inzwischen erfolgte Veröffentlichung des genauen Wortlautes nicht geringer geworden.

Auf dies eigentümliche Verhalten näher einzugehen, liegt für uns kein Anlaß vor, da wir als selbstverständlich annehmen, daß die Reichsregierung Herrn Parker Gilbert ebenso höflich wie deutlich ihre Meinung darüber sagen wird. Wir wollen uns auch nicht auf eine Diskussion mit der amerikanischen Presse einlassen, zumal die meisten Auslassungen nicht nur bewußt unfreundlich, sondern leider auch höchst unsachverständig sind.

Denn seinen Hinweis auf die deutsche Finanzgebahrung kann man wohl kaum ernst nehmen. Gewiß hat er recht, wenn er meint, daß das deutsche Budget im Verhältnis zur Vorkriegszeit unverhältnismäßig hoch sei. Er vergißt aber, darauf hinzuweisen, daß die inneren Kriegslasten Deutschlands, die für die Reichsregierung genau so gut eine moralische Verpflichtung darstellen wie die äußeren, die eigentliche Veranlassung zu dieser Budgetsteigerung sind.

Tagespiegel

Am Donnerstag wird im Reichstag eine große außenpolitische Aussprache stattfinden.

Sir Wilson, der neue Präsident der Saarregierungs-kommission, hat in Saarbrücken sein Amt übernommen.

Der oberösterreichische Sejm (Landtag) wurde von dem polnischen Staatspräsidenten geschlossen, um Enthüllungen über die Ueberfälle auf Deutsche zu verhindern.

Die Sowjetregierung scheint zur Beilegung des Konflikts mit Polen bereit zu sein.

Neue Nachrichten

Eine Hindenburg-Spende

Berlin, 21. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: In einer seiner letzten Sitzungen hat sich das Reichskabinett auch mit der Feier des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. Oktober d. J. beschäftigt. Es ging dabei an der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen wird, dem Herrn Reichspräsidenten anlässlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen, andererseits ist die Reichsregierung aber überzeugt, im Sinne des Herrn Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt und den guten Wünschen zu dem Geburtstag eine Form gibt, die dem Ernst der Zeit und der Not unseres Volkes Rechnung trägt.

Um jedem Deutschen daheim und draußen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine „Hindenburgspende“ zu veranstalten, die dem Herrn Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag übergeben werden soll. Sie sind gewiß, den Wünschen des Herrn Reichspräsidenten entgegenzukommen, wenn sie ihm vorschlagen werden, die aufgetakelten Mittel in erster Linie dem Personentrafik zugute kommen zu lassen, der ihm besonders nahe steht, nämlich den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Neben der Sammlung von Spenden, die in Verbindung mit den großen Spitzenorganisationen des Wirtschaftslebens usw. durchgeführt werden soll, ist die Ausgabe einer Hindenburg-Briefmarke in Aussicht genommen.

Bericht über die Kabinettsitzung

Berlin, 21. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett nahm in seiner gestrigen Sitzung, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehalten wurde, den Bericht des Reichsaussenministers über die Tagung des Völkerbundesrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Er sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen. - Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zum Vortrag über die Tagung des Völkerbundesrates.

Der Reichsschulgesetzentwurf fertig

Berlin, 21. Juni. Der Entwurf des Reichsschulgesetzes ist im wesentlichen fertiggestellt und wird schon in den nächsten Tagen dem Reichskabinett beschickt. In dem Entwurf werden alle 3 Schularten - Simultan-, konfessionelle und weltliche Schule - als gleichberechtigt anerkannt. Der Entwurf dürfte nach der Beratung im Kabinett sofort dem Reichsrat zugehen.

Die neue Besoldungsordnung

Berlin, 21. Juni. In einer Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler im Haushaltsausschuß des Reichstags führte dieser u. a. aus: „Die periodisch wiederkehrende Zulage über eine Reform unserer Beamtenbesoldung soll damit ein Ende finden, daß nach der Meinung der Regierung am 1. Oktober dieses Jahres eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung stattfinden soll. Die Reichsregierung hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß diese Reform der Beamtenbesoldung keine teilweise, sondern eine alle Besoldungsgruppen umfassende sein soll. Es ist beabsichtigt, eine neue Besoldungsordnung zu schaffen, die dem entspricht, was vom Parlament schon verlangt wurde, wie auch von den Beamtenorganisationen für notwendig gehalten worden ist.“

Bei dem Ausmaß ist natürlich auf die finanzielle Lage des Reiches Rücksicht zu nehmen. Nach meiner Meinung erforderte eine Besoldungsregelung einen Aufwand von weit mehr als 100 Millionen ohne Berücksichtigung der Kosten für die Beamten der Eisenbahn- und Postverwaltung. Hieran schließt sich automatisch eine Erhöhung der Bezüge für Kriegsbeschädigte an, die mehr Kosten verursacht, als die Ausgaben für die eigentlichen Beamten. Man schätzt den Gesamtaufwand auf mehrere 100 Millionen. Bei einer solchen Mehrausgabe ist es doch sicher-

lich Pflicht der Regierung, auch über die Veranlagungsfrage nachzudenken und nicht ohne weiteres die Lösung der Deckung etwa dem Reichstag zu überlassen. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung an ihre Zulage, vom 1. Oktober ab die Besoldung zu erhöhen, die Bedingung geknüpft, daß die wirtschaftliche Lage nicht schlechter wird. Ich glaube, die feste Zulage hier abgeben zu können, daß ich in der Lage sein werde, für 1927 für den Reichsetat ohne weitere steuerliche Maßnahmen die erforderlichen Mittel aufzubringen. Natürlich müßten auch Post und Eisenbahn für Deckung der erforderlichen Mittel sorgen. Ferner ist zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen erfolgen soll. Ebenso sollen die Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechend Berücksichtigung finden. Die Länder und Gemeinden werden dem Vorgehen des Reiches mehr oder weniger folgen müssen. Wenn ich Ihnen heute noch nicht die Gesamtbesoldungsanfrage aller deutschen Länder mitteilen kann, so bin ich doch in der Lage, Ihnen im Namen des preussischen Finanzministers die Erklärung abzugeben, daß Preußen nicht in der Lage sei, früher als am 1. Oktober d. J. eine Erhöhung der Beamtenbesoldung in seinem Etat unterzubringen. Ich werde in der Lage sein, Ihnen demnächst die Stellungnahme der einzelnen Länder zu sagen, da eine gemeinsame Sitzung der Länder-Finanzminister mit dem Reichsfinanzminister über diese Frage stattfinden wird.

Haushaltsausschuß und Beamtenbesoldung

Berlin, 21. Juni. Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung fand eine ausgedehnte Aussprache statt, in der zunächst der Zentrumsabgeordnete v. Guérard sich gegen die Anträge der Opposition wandte. Die Oppositionsparteien versuchten die Lage parteiagitorisch auszunutzen. Guérard berechnet die Gesamtmehrausgaben auf jährlich 8 bis 900 Millionen Reichsmark. Vergänglich verhalten der Demokrat Dietrich-Baden und der Sozialdemokrat Steinkopf die Beschuldigung Guérards zu entkräften. Die Sozialdemokraten wünschen z. B. an alle Besoldungsgruppen 1-7 Vorauszahlungen in Höhe von 20 RM. monatlich, rückwirkend vom 1. April 1927 ab pro Kopf. Die Empfänger von Wartegeld, Ruhegehalt, Hinterbliebenenbezügen und Kriegsbeschädigtenbezügen sollen entsprechend berücksichtigt werden. Solche Summen sind natürlich nicht aufzubringen, wenn der Etat nicht über den Haufen geworfen werden soll. Mit Recht hob der deutschnationale Abg. Dr. Duach hervor, daß alle Parteien des Reichstages den Beamten im Rahmen des Menschenmöglichen helfen möchten, unbedingte müsse man am 1. Oktober den Beamten bares Geld in die Hand zahlen. Auch wünschten die Regierungsparteien der Erhöhung rückwirkende Kraft zu geben. Eine Entscheidung könne man aber erst dann treffen, wenn sich die Finanzminister der Länder geäußert hätten. Die Finanzminister der Länder sollen in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses, die am Freitag stattfindet, anwesend sein.

Einschränkung der Reichswirtschaftsbetriebe

Berlin, 21. Juni. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages stand heute vormittag ein Antrag der Bayerischen Volkspartei zur Beratung, der die Regierung ersucht, die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und der ihm unterstellten öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken. Zu diesem Antrage erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, daß die Reichsregierung schon bisher im Sinne der Forderung gewirkt habe und weiter wirken werde. Zu einer weiteren Forderung des Antrages, daß die Behörden bei Auftragserteilungen keine Bedingungen stellen sollten, durch die die Rechte und Freiheiten, die die Gewerbeordnung dem Handwerk gewährt, irgendwie beeinträchtigt werden könnten, verwies der Minister auf die vor kurzem fertiggestellte Reichsverordnungsordnung für Bauleistungen. Ähnliche Verordnungsordnungen würden auch für die übrigen Sparten der Wirtschaft erlassen werden.

Reichsminister Schiele über die Notwendigkeit der Schutzzölle

Stettin, 21. Juni. In der gestrigen Eröffnungssitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates ergriff Reichsminister Schiele das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte: Die deutsche Landwirtschaft will nichts anderes sein als ein dienendes Glied in der deutschen Volkswirtschaft. Aber um ihre Pflicht an Volksgenossen erfüllen zu können, bedarf sie der notwendigen handelspolitischen Bewachung. Agrarschutzzölle haben nicht den Sinn, der Landwirtschaft bequemen Gewinn zu verschaffen, sondern Sicherheiten auf lange Sicht, damit sie ungehindert durch die Stürme auf dem Weltmarkt ihre besten Kräfte entfalten kann. Aus Sorge um die Gesamtentwicklung unserer Volkswirtschaft und im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse fühle ich mich verpflichtet, eine teilweise Erhöhung der Agrarzölle zu fordern. Das Nebeneinander unserer Transferverpflichtungen und der fortgesetzten Passivität unserer Handelsbilanz bedeutet eine ständige Bedrohung unserer Finanzen, unserer Volkswirtschaft und unserer politischen Freiheit. Diese Passivität ist aber nur ein Ausdruck für das Vorhandensein einer



großen, meist entbehrlichen Nahrungsmittelzufuhr auf geborgter Grundlage. Eine wirkliche Sanierung unserer Zahlungsbilanz erreichen wir nur, wenn wir eine aus eigener Kraft balancierte Wirtschaft herstellen. Das unentbehrliche volkswirtschaftliche Mittel dazu sind Zölle auf entbehrliche Nahrungsmittel. Wenn wir diese Verstärkung unserer eigenen Produktionskraft nicht fertig bringen, dann wird eines Tages jener Zustand wiederkehren, den wir im Kriege als Blockade kennengelernt haben, ein Zustand, der unsere politische und finanzielle Freiheit und Unabhängigkeit bedroht. Darum seihe ich in der recht verstandenen und geleiteten Agrarpolitik wahre Befreiungspolitik.

Diese Agrarpolitik habe eine unerlässliche Voraussetzung: energische Selbsthilfe der Landwirtschaft. Bei den Meliorationen handele es sich um eine Verbesserung von 8 1/2 Mill. Hektar oder von 29 Prozent der deutschen Flur. Die Reichsregierung habe bereits erklärt, daß sie das Meliorationswerk für eine so wichtige Aufgabe halte, daß sie bereit sei, auch in Gemeinschaft mit den Ländern einen Betrag zur Verfügung zu stellen, der die Aufnahme erheblicher Kapitalien auf dem freien Markt gewährleistet. Die Verhandlungen mit den Ländern seien im Fluß und versprechen Erfolg. Das Reichsministerium werde sich in der aller nächsten Zeit mit einer Gesetzesvorlage über die Erleichterung der Darlehensbeschaffungen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen beschäftigen.

### Die Eröffnungssitzung der Dreimächtekonferenz

Genf, 21. Juni. Die vom Präsidenten Coolidge nach Genf einberufene Konferenz der drei großen Seemächte England, Vereinigte Staaten und Japan wurde gestern nachmittags von dem Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson, eröffnet. Die Konferenz ernannte Gibson zu ihrem Präsidenten. Hierauf machten die drei Delegationsführer kurze programmatische Darlegungen. Nach den Vorschlägen der amerikanischen Delegation soll die Gesamttonnage für die Klasse der Kreuzer betragen: für die Vereinigten Staaten und das britische Weltreich je 250 000 bis 300 000 und für Japan 150—180 000 Tonnen, für die Klasse der Zerstörer 200—250 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und das britische Weltreich und 120—150 000 Tonnen für Japan und schließlich für die Unterseeboote je 60—90 000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und das britische Weltreich und 36—54 000 Tonnen für Japan. Der amerikanische Delegationsführer schlug vor, die Verhältnisse auch für Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote anzuwenden.

### Briand und Poincaré einig

Paris, 21. Juni. Die Rede Poincarés in Luneville hat in parlamentarischen Kreisen vielfach zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß der Ministerpräsident die Krankheit des Außenministers benutzen wollte, seinerseits aktiv in die Führung der außenpolitischen Geschäfte einzugreifen. Marcel Huttin, der Innenminister des „Echo de Paris“, dessen besondere Beziehungen zu Poincaré bekannt sind, erklärt diese Annahme heute für eine glatte Dummheit. Poincaré habe im Verlaufe seiner Besuche bei Briand Gelegenheiten genommen, sich mit dem Außenminister über sämtliche Fragen zu unterhalten, die irgendwie mit den Genfer Besprechungen in Zusammenhang ständen. Briand habe sich in der freundschaftlichen Weise mit Poincaré unterhalten und die von dem Ministerpräsidenten später vor dem Kriegedenkmal in Luneville gesprochenen Worte durchaus gebilligt. Es sei außer Zweifel, daß die Erklärungen Poincarés von der Gesamtheit des Landes wie vom Parlament aufgenommen würden. Auch die „Volonté“ bestätigt, daß sich Poincaré vor seiner Reise nach Luneville eingehend mit Briand besprochen hat.

### Französische Entrüstung über Poincaré

Paris, 21. Juni. Die Erregung, die die Rede von Luneville in gewissen Kreisen Frankreichs hervorgerufen hat, spiegelt sich heute vormittags in einigen Blättern deutlich wider. In parlamentarischen Kreisen ist die Frage „Ist das Vorgehen Poincarés als eine Offensive gegen Briand aufzufassen?“ gestern ernstlich erörtert worden. Außerdem wurde behauptet, daß Briand keine Kenntnis von dem Inhalt der Rede Poincarés gegeben worden sei. Es ist bezeichnend, daß das „Echo de Paris“ die Verteidigung Poincarés gegen eine solche Auffassung übernimmt, allerdings ist es nicht in der Lage, positiv zu behaupten, daß die Rede von Luneville in ihrem Wortlaut Briand vorgelegen hat und von ihm gebilligt wurde. Das Blatt behauptet lediglich, Poincaré habe nicht verfehlt, mit dem Außenminister über alle Fragen zu sprechen, die sich auf die Unterhaltung von Genf bezögen. Die Vermutung, daß Briand den vollkommenen Wortlaut der Rede nicht gekannt hat, wird auch in der „Volonté“ bestätigt. Das Blatt gibt zu, daß Poincaré den Außenminister über die leitenden Ideen, die er zu entwickeln gedanke, unterrichtet habe, aber Poincaré sei eben ein Mann mit einem aggressiven Charakter, der sich nicht wandeln. Wieder habe er sich durch seine alte nationalistische schikanöse Art hineinziehen lassen, die er eben niemals los werde.

## Deutscher Reichstag

### Die Strafgesetzsreform im Reichstag

Berlin, 21. Juni.

In seiner heutigen Sitzung trat der Reichstag in die Beratung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches ein. Reichsjustizminister Dr. Hergt begründete den Entwurf in einer längeren Rede, (Siehe besonderen Bericht.)

Abg. Dr. Kahle (Dsp.) dankte zunächst für die Ehre, als erster Redner die Aussprache eröffnen zu dürfen. Die Ziele der Reform seien die Verbindung der Sicherung mit der Strafe, die Beschränkung der Freiheit durch richterliches Ermessen und die Vereinfachung der Tatbestände. Ueber die Frage der Todesstrafe werde es Streit geben, aber man könne diesen Streit ruhig aussetzen, denn es handle sich hierbei um die Frage, ob der Staat jetzt schon nach dem Stande der Kriminalität in der Lage sei, auf das äußerste Strafmittel zu verzichten. — Abg. Dr. Landsberg (Soz.) unterstrich, daß es ein erhebendes Gefühl sei, auch für die österreichischen Brüder ein Gesetz zu beraten. Wenn man aber ein gemeinsames Strafgesetzbuch für das deutsche Volk in beiden Ländern schaffen wolle, dann müsse es auch als der Ausdruck des allgemeinen Willens anerkannt werden können. Deshalb seien aber wesentliche Veränderungen an dem Entwurf notwendig. Dazu gehöre vor allem die Frage der Todesstrafe, deren Beseitigung seine Partei nach dem Beispiel Oesterreichs verlange. — Abg. Dr. Barth (Dsp.) hat gegen den Entwurf schwere Be-

denken vorzubringen, da er noch aus der Zeit des sozialistischen Ministers Radbruch Gesichtspunkte enthalte, die seine Partei nicht billigen könne. Sie halte es für einen sehr gefährlichen Umstand, weniger die Tat als die Gesinnung des Täters zu prägen. Die Vermischung von Gnade und Recht gebe immer noch zu weit. Viele bisherige Verbrechen sollten künftig nur noch als Vergehen geahndet werden. Das Verbrechen des Meineids solle nach dem Entwurf nur noch mit Gefängnis bestraft werden. Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

### Der Reichsjustizminister über den Entwurf des Strafgesetzbuches

Berlin, 21. Juni. Bei der ersten Beratung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches dankte der Reichsjustizminister Dr. Hergt zunächst allen denen, die in ernster, schwerer Arbeit mitgeholfen haben an der Strafrechtsreform, die vor 25 Jahren begonnen wurde. Der vorliegende Entwurf will das Strafrecht den veränderten Zeitverhältnissen anpassen. Er hält sich fern von jeder Schulmeinung und macht sich nicht einseitige Doktrinen zu eigen. Der Grundgedanke des Entwurfs ist das Bestreben, dem richterlichen Ermessen weit größere Freiheit zu geben, als es das bisherige Strafgesetzbuch tat. Die bisher nur auf bestimmte Fälle beschränkten mildernden Umstände werden ganz allgemein zugelassen. In manchen Fällen verschärfte der neue Entwurf die Strafen gegen früher. Er läßt die Möglichkeit zu, den Gewohnheitsverbrecher, den keine Strafe bessert, in dauernde Sicherung und Verwahrung zu nehmen, um die Gesellschaft vor ihm zu schützen. Auch die geisteskranken Verbrecher, die bisher gewissenmaßen mit einem Freibrief immer wieder auf die Gesellschaft losgelassen wurden, können jetzt in Heil- und Pflegeanstalten interniert werden. Der Entwurf zur Reform des Strafvollzuges wird dem Reichstag schon in aller nächster Zeit zugehen. Es wäre aber falsch, vor der Strafrechtsreform erst das Gerichtsverfassungsgesetz und andere Vorlagen verabschiedet zu wollen. An der Strafrechtsreform hat ständig ein Vertreter des österreichischen Justizministeriums mitgearbeitet. Der Entwurf des neuen österreichischen Strafgesetzbuchs deckt sich bis auf zwei Ausnahmen wörtlich mit dem unseren. Die Ausnahme war nur erforderlich, weil die österreichische Verfassung die Todesstrafe ausschließt, im übrigen werden aber jetzt beide Völker das gleiche Strafrecht erhalten. Das ist ein schönes Zeichen der untrennbaren Kulturgemeinschaft beider Völker. Wir begrüßen es besonders, daß jetzt auch deutsche Frauen an der Gestaltung des neuen Strafrechts tätig mitwirken. Alle Abgeordneten mögen bei der Entscheidung über den Entwurf daran denken: Die Stunde ist ernst und groß. Ruhen Sie sich zur Aufriechtung eines unvergänglichen Denkmals des deutschen Geistes und des nationalen Rechtslebens! (Beifall.)

## Württemberg

Aus dem kath. Lehrerverein. Bei den kürzlich vorgenommenen Wahlen im kath. Lehrerverein wurde als Vorstand gewählt der bisherige Vorsitzende Mittelschullehrer Mayer-Stuttgart mit 1230 Stimmen. Auch die alten Ausschussmitglieder erhielten die höchste Stimmzahl und verblieben im Vorstand. Die Wahlbeteiligung war ziemlich schwach. Von 2450 Wahlberechtigten machten nur 1266 von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Lehrgang für Gemeindefreierinnen. Die Ministerialabteilung für die Fachschulen beabsichtigt, bei hinreichender Beteiligung einen am 17. Oktober beginnenden Lehrgang zur Ausbildung von Gemeindefreierinnen abzuhalten. Die Dauer des Lehrgangs ist auf 1 1/2 Jahre festgesetzt. Anschließend haben die Teilnehmerinnen noch eine einjährige Werkstatt- und Schulpraxis abzuleisten. Zu dem Lehrgang können Bewerberinnen, die die frühere Dienstprüfung für Hauptlehrerinnen an den unteren und mittleren Klassen der Mädchenrealschulen oder die erste Volksschuldienstprüfung bestanden haben und technisch und zeichnerisch gut begabt sind, sowie Kunstgewerberinnen mit guter Allgemeinbildung und abgeschlossener gewerblicher und kunstgewerblicher Ausbildung zugelassen werden. Bei dem großen Bedarf an Lehrkräften kann mit baldiger Verwendung im Gemeindefreierdienst gerechnet werden. Bedürftigen Teilnehmerinnen wird voraussichtlich ein angemessener Unterhaltszuschuß aus staatlichen Mitteln bewilligt werden.

Der Stuttgarter Fremdenverkehr hat gegenüber dem Vormonat weiter zugenommen. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt stiegen im Mai in den Hotels 20 088 Fremde ab (April 18 601). Bei 40 665 (April 37 205) Uebernachtungen betrug die Belegungsziffer 72,5 Prozent (April 68,0 Proz.). Außerdem übernachteten in Gastwirtschaften 3562 Personen (Belegungsziffer 48,1 Prozent) und in Pensionen 411 Personen (Belegungsziffer 35,5 Proz. gegen 35,0 Proz. im April).

Neue 22 Meter lange Bahnpostwagen für Württemberg. Die andauernde Zunahme des Verkehrs auf den Bahnpostamt Stuttgart bedienten Hauptverkehrsstrecken Stuttgart—Frankfurt und Stuttgart—Ulm—München, namentlich in den beiden Nachtbahnpostzügen D 56/59, hat die Einstellung größerer Bahnpostwagen notwendig gemacht. Es sollen deshalb vier neue Bahnpostwagen nach Stuttgart kommen; diese neuen Wagen werden mit 22 Meter Länge die größten aller vorhandenen deutschen Bahnpostwagen sein.

Vom Tage. Am Freitagabend wurde in den Anlagen auf der Karlshöhe die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts, die in einem Paket war, gefunden. Nach der Kindsmutter wird gefahndet. — In der Blumenstraße kam ein 36 J. a. Radfahrer beim Ueberholen eines Personentransportwagens zu Fall, trug eine schwere Kopfverletzung davon und mußte im bewußtlosen Zustand nach dem Katharinenhospital verbracht werden.

### Aus dem Lande

Ebersbach a. F., 21. Juni. Selbstmord. Sonntag morgen entliehe sich der 58jährige, in guten Verhältnissen lebende Landwirt Joh. Leins mit einer Sprengtapfel. Der Verstorbenen ging schon jahrelang mit Selbstmordgedanken um und wurde schon zweimal nur durch die Kunst der Aerzte dem Leben zurückgegeben.

Ehlingen, 21. Juni. Schwere Zusammenstoß. In der Nacht zum Montag stieß auf der Straße Reizisau—Ehlingen beim Sirauner Hof ein Fuhrwerk mit einem mit zwei Personen besetzten Motorrad zusammen. Der Fuhrmann und die beiden Motorradfahrer wurden schwer verletzt. Sie wurden ins Johanniterkrankenhaus nach Pödingen überführt, wo inzwischen der Motorradfahrer Otto Maier aus Pödingen seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

ep. Ludwigsburg, 21. Juni. Die Brüder- und Kinderanstalt Karlsöhe in Ludwigsburg feierte am Sonntag unter

überaus reger Beteiligung von nah und fern ihr 51. Jahresfest. Nach der Begrüßung durch den Verwaltungsratsvorsitzenden, Dekan Gauger-Ludwigsburg, hielt Kirchenrat Frohneper-Stuttgart die Festpredigt. Direktor Schlichter berichtete im Jahresbericht von gesundem Wachstum der Anstalt, namentlich ist der Andrang zur Bräueranstalt sehr stark.

Großbottwar, 21. Juni. Gewerbe-Gautag. Die 24. Gauversammlung des 2. Gauverbandes des Handwerksammerbezirks Heilbronn, mit der der Bezirksgewerbeverein Marbach seinen 13. Bezirksgewerbeverband, fand am Sonntag in der neuen Stadthalle statt. Von den 6 Oberämtern Badnang, Besigheim, Bradenheim, Maulbronn, Baihingen und Marbach waren eine große Zahl von Handwerkern erschienen.

Wimpfen a. N., 21. Juni. Todesfall. Im Krankenhaus in Neckarstulm ist Sanitätsrat Dr. med. Geiger im Alter von 61 Jahren an einer Blinddarmentzündung gestorben.

Walheim, 21. Juni. Ertrunken. Der 20jährige Sohn des Arbeiters Resper kehrte vom Gehen eines Grundstücks nicht mehr nach Hause zurück. Auf der Suche nach dem Vermissten fand man auf dem Grundstück, das an einem Kanal des Neckars liegt, einige Kleidungsstücke und die Gestalt eines Respers. Von dem Vermissten selbst fehlt jede Spur, sodaß anzunehmen ist, daß er durch einen Unfall den Tod im Wasser erlitten hat.

Heilbronn, 21. Juni. Selbstmord. In den Neckar gestürzt hat sich gestern Abend ein 22jähriger aus Sontheim gebürtiger Schuhmacher. Er ist infolge starken Wollenschlages bad ertrunken. Der Grund zur Tat ist noch nicht mit Sicherheit ermittelt, man vermutet verdrängte Liebe. Der Ertrunkene sah vorher ziemlich angeheitert in einer Wirtschaft.

Ein junger Mann, der mit der Straßenbahn nach Sontheim fuhr, wollte in der Nähe der ehemaligen Kamera-Werke aussteigen, stürzte jedoch und wurde von dem Anhängewagen überfahren, wobei ihm beide Füße unterhalb des Knies abgetrennt wurden. Der Verunglückte schwebt in Lebensgefahr.

Berkingen 21. Juni. Vermißt. Der Briefträger August Bogt von hier ist am Donnerstag aus dem Krankenhaus in Heilbronn spurlos verschwunden; man vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat. Er war schwer leidend.

Dehringen, 21. Juni. Württ. Landesfischereitag. Am Sonntag fand hier im Rathausaal die Hauptversammlung des Württ. Landesfischereivereins statt. Der neue Fischereifachverständige Dr. Smolian hielt einen Vortrag über Staustufen und Stauanlagen. Rechnungsrat Hinderer erstattete den Jahresbericht. Geheimrat Dreih, der Vorsitzende des Vereins, sprach über das neue Fischereigesetz, das zur Zeit im Entwurf vorliegt.

Vom Lichtenstein, 21. Juni. Sommeraufenthalt des Herzogs. Letzte Woche kam der Herzog von Urach mit seiner Familie wieder auf das Schloß, um hier seinen Sommeraufenthalt zu verbringen.

Reutlingen, 21. Juni. Jubiläum des Niederfranzes. Der Reutlinger Niederfranz feierte am Samstag und Sonntag sein 100jähriges Bestehen. Die Feier wurde eingeleitet mit einem glänzenden Festkonzert und durch Konzert unter Leitung von Chormeister Binz. An dem Festkonzert nahmen etwa 2000 Personen teil. Nachher fand in der Bundeshalle eine Radfeier mit Begrüßungsansprache von Oberbürgermeister Hepp statt. Am Sonntag war ein Festakt mit Totengedächtnisfeier. Anlässlich des Jubiläums wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt das Ausschussmitglied Max Schäffert, Vorstand Brucklacher, Oberbürgermeister Hepp, Prof. Walter Dost in Plothen, Bundesvorsitzender Oberbürgermeister Jäckle-Heidenheim, Bundeschormeister Wilhelm Nagel-Ehlingen, Professor Emil Fiedt-Stuttgart, Prof. Rudolf Bud-Lübingen, Dr. Richard Greß-Stuttgart, Kirchenmusikdirektor Franziskus Nagler-Gleisnigh und Prof. Richard Weh-Erfurt.

Tübingen, 21. Juni. Besuch des Bischofs. Am Sonntag besuchte Bischof Dr. Spröss das Wilhelmstift. In der Hauskapelle begrüßte im Beisein der kath.-theol. Fakultät der Vorstände des Konviktes und der ganzen Theologengesellschaft Konviktsdirektor Stauber den Bischof und dankte für den ehrenvollen Besuch. Der Bischof wies auf die hohe Bedeutung der Seelsorge, besonders in der modernen Zeit, hin und ermahnte die Theologen, alle Kräfte schon jetzt anzuspannen, um tüchtige Seelsorger zu werden.

Jettensburg, 21. Juni. Selbstmord. Am Freitagabend hat sich der 23jährige ledige Landwirtssohn Jakob Rudwied von hier mit einem Jagdgewehr erschossen. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, bleibt ein Rätsel.

Waldrennau, 21. Juni. Begünstigung im Amt. In der Schöffengerichtssitzung in Neuenbürg hatte sich Schultheiß Kähler wegen eines Vergehens der Begünstigung im Amt zu verantworten. Die Verhandlung endete mit Verurteilung des Kähler zu 1 Monat Gefängnis unter Annahme mildernder Umstände.

Herrenberg, 21. Juni. Stadtschultheißenwahl. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl errang Schultheiß Schick-Truchelssingen einen überlegenen Sieg. Die Wahlbeteiligung war 88,6 v. H.

Unterjesingen, 21. Juni. Ein Opfer der Hitze. Die fürchterliche Hitze am Freitag hat hier ein Opfer gefordert. Der 62jährige ledige Gottlob Schnaidt war mit Heuen im Ammerial beschäftigt, plötzlich wurde ihm unwohl, er lehnte sich an seinen Rechenstiel, dieser brach über ab und Schnaidt stürzte, vom Haken getroffen, tot zu Boden.

Sulzbach a. Murr, 21. Juni. Trostlose Zustände in einer Familie. Hier wohnt laut Neckar-Echo ein Gerbereiarbeiter Chr. R. mit 5 Kindern in einer Stube mit zwei Betten. Nun sind dieser Tage Zwillinge angekommen, so daß die Familie nun auf 9 Köpfe angewachsen ist.

Rottweil, 21. Juni. Haus- und Grundbesitzer-Tagung. Am Samstag und Sonntag fand hier die Verbandstagung der Haus- und Grundbesitzer von Württemberg und Hohenzollern statt. Es wurde dabei eine Entscheidung angenommen, die den beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft fordert, und zwar im Sinn einer geordneten Herstellung der freien Mietpreisbildung, einer Durchführung der Wohnraumverteilung in das Privatrecht und einer grundsätzlichen Wiederherstellung des im bürgerlichen Gesetzbuch verankerten Kündigungsrechts an Stelle des jetzt vorgeschriebenen Klagewegs.

Hinsdorf, 21. Juni. Todesfall. Hier ver-



chied die älteste Person der Gemeinde, die im 90. Lebensjahr stehende Witwe Wilhelmine Koch.

**Ulm, 21. Juni. Ueberfall.** Ein verh. Ulmer Fahrradhändler, der mit seinem Rad von Kerklingen über Burladingen nach Ulm fahren wollte, wurde beim Bahnübergang von mehreren jungen Leuten überfallen und vom Rad heruntergerissen. Die Ueberfallenen verletzten den Angegriffenen durch Messerstiche derart, daß er nur mit Mühe seinen Weg nach Ulm fortsetzen konnte.

**Laupheim, 21. Juni. Lebensretterin.** Der Frau Frieda Mann geb. Hlinspach wurde vom würt. Innenministerium für die vor einiger Zeit erfolgte Rettung des Kindes des Bäckermeisters Schwerdtfeger vom Tode des Ertrinkens die Anerkennung ausgesprochen und ihr vom Finanzministerium eine Geldbelohnung von 50 M. bewilligt.

**Untereisingen, 21. Juni. Vermißt.** Seit dem 27. Mai ist der ledige Ludwig Ribler abgängig. In einem Schreiben an seine Eltern hat er mitgeteilt, daß er in ein Kloster gehe, um dort Ruhe und Frieden zu suchen.

**Eglos, 21. Juni. Jugendl. Brandstifter.** In den Brandfall in Mühlsalben, durch den das Anwesen des Sägewerksbesizers Donatus Schmid erheblich beschädigt wurde, ist nunmehr Klärung gekommen. Zwei 5- und 6jährige Knaben waren auf den unglücklichen Gedanken gekommen, auf dem Dachstuhl, wo sie eines Sackes mit Hobelspanen ansichtig wurden, einen Fackel, wie sie sich ausdrückten, zu entzünden. Der Brandgeschädigte ist versichert.

**Zettling, 21. Juni. Heiratschwinder.** Der 30 J. a., aus Zettlingen O. Kirchheim stammende led. Gärtner Johann Jakob Sauter, der mehrmals vorbestraft ist, wurde wegen Heiratschwindels zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Langenargen, 21. Juni. Eine Riesensforelle.** Am Freitagabend konnte ein Langenarger Fischermeister eine Seeforelle mit einem Gewicht von annähernd 27 Pfund fangen.

**Vom Bodensee, 21. Juni. Bad Schachen.** — Bodenseelehrertag. Das Kurhotel Bad Schachen, das jedem Bodenseebesucher gut bekannt ist, begeht am 28. Juni ein seltenes Jubiläum. An diesem Tag sind 175 Jahre vergangen, daß sich das Unternehmen im Besitz der Familie Schielin befindet. — Seit dem Jahr 1914 zum erstenmal wieder findet heuer in Lindau ein Bodenseelehrertag, an dem Lehrer aller 5 Bodenseeuferstaaten teilnehmen werden. Bis jetzt sind bereits über 1000 Lehrer angemeldet.

**Vom bayerischen Allgäu, 21. Juni. Selbstmord.** Zwischen dem Bahnhof Köthenbach und Dreieichen wurde an einer Straßenecke der 83 J. a. led. Müller Josef Weckerle von Trunkelberg mit einer Schusswunde in der Brust tot aufgefunden. In einem Brief hatte er angekündigt, daß er sich das Leben nehme. — Die verhängnisvolle Farbe. Ein Landwirt von Altrang verlor den Viehsperrzaun seiner Weide mit einem neuen Farbanstrich. Vier seiner Kühe, die die noch nasse Farbe abschleckten, mußten wegen Vergiftung geschlachtet werden.

## Baden

**Karlsruhe, 21. Juni.** Am Sonntag fand unter starker Beteiligung in Karlsruhe ein Artilleristentag statt. Die Angehörigen des Artilleriebundes waren in großer Zahl erschienen. Der Festakt am Artillerie-Denkmal gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Ereignis. An der Spitze des Juges marschierten hinter der Kapelle und einer Gruppe weißgekleideter Mädchen, die die neue Fahne des Artillerie-Bundes St. Barbara trugen, zahlreiche Offiziere der alten Armee: General v. Lauer, Generalleutnant Ferdinand v. Beck, Generalmajor Bernh. v. Beck, die Obersten Sollmuth, Koch, Frhr. Schilling von Canstatt u. v. a. Nachmittags stellten sich die Festteilnehmer zum Festzug auf. Die Häuser trugen Flaggen und Schwenker. Auf dem Festplatz fand ein Vorbeimarsch statt. Am Festzelt wurden dann eine Anzahl Begrüßungstelegramme verlesen, u. a. vom Großherzog von Baden, der allen badischen Artilleristen herzliche Grüße entbot, und vom Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Die Verlesung gerade dieser beiden Telegramme rief stürmischen Beifall hervor.

**Diersheim Amt Kehl, 21. Juni.** Hier hat sich in der Wohnung ihres Bruders, in einem Anfall geistiger Störung, die Witwe Salomea Schmieder, geb. Heß, 53 Jahre alt, erhängt.

**Pforzheim, 21. Juni.** Sonntagabend versuchte sich eine 59 J. a. Frau unterhalb des Holzbofs in selbstmörderischer Absicht in die Enz zu stürzen. Durch einen telephonisch herbeigerufenen Polizeibeamten wurde die Frau ins Krankenhaus verbracht. — Tot aufgefunden wurde im Gegenbad ein Mann aus Eisingen, der einen epileptischen Anfall und einen Herzschlag erlitten hatte.

Abhanden kamen am Freitag dem Lehrling eines hiesigen Geschäfts entweder durch Diebstahl oder Verlieren zwei in einem Briefumschlag verwahrte Primawechsel, ausgestellt am 18. Juni von einem hiesigen Geschäftsmann und akzeptiert von einem anderen hiesigen Geschäftsmann und je auf den Betrag von 4500 M. lautend mit den Nummern X 368 und 369 versehen.

**Weinheim, 21. Juni.** Anlässlich des 60jährigen Stiftungsfestes des hiesigen Vienenzuchtvereins findet vom 24. bis 26. September hier eine große brennwirtschaftliche Ausstellung statt.

**Seidelberg, 21. Juni.** Im Schloßgarten beging am Samstag ein verh. blinder Postkartenhändler von auswärts durch Erschießen Selbstmord. — In Rohrbach hat sich am Freitag ein lediger 25jähriger Schlosser erhängt. In beiden Fällen ist der Beweggrund unbekannt.

Hier starb im Alter von 62 Jahren der Mitinhaber des „Frankf. Generalanzeigers“, Kammerherr Frh. v. Goldammer.

**Mannheim, 21. Juni.** In der Nacht zum Montag gerieten in Ludwigshafen mehrere Männer in Streit, in dessen Verlauf ein 29jähriger erwerbsloser Tagelöhner zwei anderen Männern Salzsäure ins Gesicht schüttete. Glücklicherweise kamen die beiden ohne erhebliche Verletzungen davon.

**Zwingenberg a. N., 21. Juni.** Die 30jährige Ehefrau Marie Helm schickte abends ihren älteren Knaben weg und schloß sich mit ihrem 6jährigen Sohn in ein Zimmer ein. Als der Mann vom Dienst zurückkehrte, mußte er sich mit Gewalt Eingang in die Wohnung verschaffen, wo sich ihm ein entsetzlicher Anblick bot. Dem Kind war die Kehle durchschnitten und die Pulsader geöffnet. Die Frau selbst hatte sich beide Pulsadern geöffnet und verstarb alsbald nach

Einlieferung in das Eberbacher Bezirkshospital. Die Unglückliche scheint die Tat in geistiger Umnachtung verübt zu haben.

**Königsfeld, 21. Juni.** In einem Weiher bei Königsfeld hat sich eine dort bedienstete, über 50 J. a. Krankenschwester am Freitag ertränkt. Die Leiche wurde einige Stunden später gefunden. Der Grund zur Tat soll in Schwermut liegen. Die Verstorbene stammt aus Reutlingen, wo sie ebenfalls längere Zeit als Krankenschwester tätig war.

## Lothales.

Wildbad, den 22. Juni 1927.

**Sängerbesuch und -Konzert im Juli.** Am Sonntag den 17. Juli stattet der auf einer Sängerschaft befindliche Männergesangsverein „Liedertafel Mainz-Kosheim“ (ca. 160 Sänger) unserer Stadt einen Besuch ab. Nachmittags wird dieser Verein in den Kuranlagen ein Konzert geben, das allen Besuchern großen Genuß bieten wird. Auch freuen sich die „Liedertäfer“ sehr auf unser schönes Wildbad, was aus einer Mitteilung hervorgeht, die in der Monatschrift dieses Vereins zu finden ist. Es heißt dort u. a.: „Sonntag mittags 1 Uhr Abfahrt nach Wildbad! 50 Minuten (von Pforzheim aus) herrliche Fahrt durch schönes Tal der Enz entlang, wunderbare Gegend, da eine Forellenzucht-Anlage und wir sind in Wildbad, einem an Naturschönheiten selten zu übertreffenden Stüchchen Erde deutscher Heimat. Erzählen läßt sich das nicht, das muß erlebt sein. Beschreibung mit Abbildungen von Wildbad wurden uns in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und liegen im Lokale zur „Krone“ zur Einsicht auf. Voraussichtlich fällt unser Besuch mit einer dort stattfindenden Trachtenschau zusammen. Für uns besonders interessant. Das Konzert für uns findet am Nachmittag im Kurgarten statt. Herr Badekommissär von Breuning, der unseren Besuch dem dortigen Bruderverein „M.-G.-B.“ Liedertanz schon mitteilte, sähe gerne unseren Besuch bis zum nächsten Tage ausgedehnt mit einem Konzert am nächsten Abend. Dagegen erheben die Pforzheimer Freunde Einspruch. Wenigstens einen Abend sollen wir ihnen widmen. So muß halt 8 Uhr abends Wildbad verlassen werden zum Sängerkommers in Brödingen.“ — Möge der Verein von seiner Fahrt ins Enztal und von seinem Aufenthalt in unserer Stadt recht begeistert nach Hause zurückkehren!

## Gemeinderatsitzung am 21. Juni 1927.

Anwesend: der Vorsitzende und 13 Gemeinderäte. Bei Beginn der Sitzung fehlen noch einige Herren des Kollegiums, weshalb einige kleinere Gegenstände beraten und genehmigt werden, u. a. Holzbeifahr in Sprollenhäuser, Vermietung einer Kühlanlage im Schlachthaus an Herrn Kohler (Schlachthaus), Heu- und Grasetragverkauf usw.). Der Vorsitzende verliest einen Bericht des Herrn Bahnberrats Glöckler, welcher den Vergahnbetrieb revidierte. Ferner wurde noch bekanntgegeben, daß am 3. Juli d. J. Herr Professor Ellinger mit 30 Studenten von der Universität Tübingen studienhalber hierher kommen. — Am 4. Juli wird der Württ. Zeitungsvorlegerverein im Anschluß an seine Freudenstädter Tagung unserer Stadt einen Besuch abstatten. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, daß beiden Besuchern freie Vergahnfahrt zu gewährt ist und die Stadtgemeinde den Zeitungsvorlegerverein und die Studenten zu einem Kaffee im Sommerberghotel einladet.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Wasserversorgung auf den Sommerberg unzulänglich geworden ist. Nach einem Vortrag mit dem Besitzer des Sommerberghotels ist derselbe wohl verpflichtet, für Wasser- und elektr. Lichtleitung selbst zu sorgen; da aber im Interesse der Stadt Wildbad und deren Weiterentwicklung eine Bebauung des Sommerberges im Laufe der Jahre kommen muß, so wird die Stadt nicht umhin können, die Wasserversorgung zu verbessern. Das Stadtbauamt hat zwei Projekte ausgearbeitet. Zum ersten Projekt sollte beim Panoramaweg eine elektr. Pumpe (10 PS.) zum Gesamtaufwand von 12—13000 M. erstellt werden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Unterhaltungskosten derselben ziemlich hoch zu stehen kommen würden, weshalb man dasselbe fallen ließ. Beim zweiten Projekt sind die Fassung der Quellen in der Rohrmitz vorgezogen. Herr Böhner (Sommerberghotel) erklärt sich bereit, sein Reservoir sowie 2000 m 70 mm-Röhren der Stadt kostenlos abzutreten, wodurch die Kosten dieses Projekts anstatt 30000.— M. 15000.— M. betragen würden. Herr Oberbaurat Groß-Stuttgart, welcher sich ebenfalls für das zweite Projekt ausgesprochen hat, berichtet, daß es dadurch möglich würde, den Sommerberg mit 69000 Liter Wasser täglich zu versorgen. Dies würde für 800—1000 Personen ausreichen. Bevor dieser Punkt zur Diskussion gestellt wurde, betonte der Vorsitzende nochmals die große Rolle, welche der Sommerberg in der Entwicklung Wildbads spiele. O. H. Huzel erklärt in längerer Ausführungen sich mit diesem Projekt nicht einverstanden, solange nicht die Nonnenmiser Wasserversorgung ebenfalls durchgeführt würde. Er wäre der Ansicht, daß die Nonnenmiser Angelegenheit weit wichtiger wäre als die Sommerberger. Die Parzellen würden vom Gemeinderat stiefmütterlich behandelt und nur bei Gemeinderatswahlen wählten die Gemeinderatskandidaten, daß die Parzellenbewohner auch Wildbader Bürger wären. (Allgemeine Heiterkeit). Der Vorsitzende wurde immer gegen das Nonnenmiser Projekt und würde dasselbe bekämpfen. Der Geldstandpunkt würde sich hier in seinen letzten Folgeerscheinungen zeigen, der äußerst verwerflich und unmoralisch wäre. Die moralische Berechtigung hätten in erster Linie die Nonnenmiser, da dieselben überhaupt keine Wasserleitung hätten, aber auf dem Sommerberg wäre eine Wasserleitung und Herr Böhner wolle nur mehr Wasser haben. Die Stadt solle in Nonnenmiser für Verbesserungen so viel ausgeben, wie sie auf dem Sommerberg ausgeben würde, dann würde auch in Nonnenmiser der Fremdenverkehr einsehen und die Nonnenmiser würden auch kräftigere Steuerzahler. Er hoffe, die Herren Gemeinderäte werden bei der Wasserleitung die Nonnenmiser nicht ganz offenkundig dadurch zurücksetzen, daß sie die Sommerbergleitung allein genehmigen und die Nonnenmiser Leitung ablehnen, und



## Für Glas & Porzellan

beachtet sich die Reinigung durch leichtes Abreiben mit VIM auf recht nassem Lappen.



beantragt, daß mit der Sommerbergleitung die Nonnenmiser Leitung auch gleichzeitig genehmigt würde. Der Stadtvorstand weist die Behauptung zurück, daß er die Nonnenmiser Sache bekämpft hätte, im Gegenteil, er hätte dieselbe immer befürwortet. Hier bei dem Sommerbergprojekt stehe jedoch das große wirtschaftliche Interesse im Vordergrund. Fortsetzung folgt.

**Vorsicht beim Bauen.** Seit den Inflationsjahren gibt es im Land zahlreiche Architekten, Bautechniker, Handwerksleute und Gewerbeschüler, die Eingabepläne zu Baugesuchen fertigen und auf die Dauer das Allgemeinwohl schädigen. Um dem Mißbrauch zu entgegenen, hat das Württ. Ministerium, Abteilung für das Hochbauwesen, in einem Erlaß auf den Mißstand hingewiesen, daß viele einkommende Baugesuche in den Bauplänen nicht bloß die baupolizeilichen Vorschriften der Bauordnung, der dazu ergangenen Verfügungen und der in Betracht kommenden Ortsbauordnungen ohne zwingenden Grund nicht beachten, sondern auch die Rücksichten auf Wärmewirtschaft, Gesundheit und Heimatschutz gänzlich vernachlässigen. Es ist deshalb im Interesse der Bauenden, der Baupolizeibehörden und der Allgemeinheit gelegen, daß die Pläne zu den Baugesuchen gemäß § 102 Abs. 2 Satz 1 der Volkz. Verf. zur B.D. nur von hiezu befähigten Personen angefertigt werden. Der Verfasser muß das nötige Verständnis für die Ausführung der Bauten, also jedem Handwerk, die im Bau vorkommen, vorstehen können. Dieses kann nur einer, wenn er die Baumeister- oder Diplomprüfung hat. Denn da ist die Gewähr vorhanden, daß der Verfasser die nötige theoretische und praktische Vorbildung hat. Nach dem Erlaß werden in Zukunft von allen, die die obig bezeichneten Prüfungen nicht haben, die Baugesuche zurückgewiesen werden müssen. Die Bauenden werden also gut tun, wenn sie sich nicht unnötige Kosten verursachen wollen, zu einem geprüften Techniker zu gehen, der eine praktische Grundrissteilung macht und richtig berätet.

**Das Barfußgehen.** Kinder, die barfuß gehen dürfen, sind zu beneiden, weil sie damit einen außerordentlichen Gesundheitschutz erwerben. Die Gesundheit des Zentralnervensystems (Gehirn und Rückenmark) hängt zu einem großen Teil von der Zuleitung der normalen Reize ab. Die Sonnenstrahlen z. B., die auf der Haut jenes wohlige Gefühl der Wärme erzeugen, das kalte Wasser, dessen belebende Wirkung beim Baden, bei der Abwaschung besonders nach stärkeren Anstrengungen so deutlich zu spüren ist, üben auf die Hauptnerven einen fühlbaren Reiz aus, der dann weiter nach Gehirn und Rückenmark geleitet wird. Solche Reize braucht das Nervensystem, und es kann daher nicht seine normale Kraft bewahren, es muß erkranken, wenn ihm die naturgemäßen Reize nicht zugeleitet werden. Vor allem gibt es für die Kopfnerve kein besseres, ableitendes, beruhigendes Mittel, als das Barfußgehen. Es geht sich weit leichter barfuß als beschuht, und man wird nach einem Barfußmarsch trotz geringer Anstrengung einen regeren Appetit verspüren und besser verdauen, als nach einem Marsch mit Schuhen und Strümpfen. Der Fuß ist das in der naturgemäßen Pflege am meisten vernachlässigte Glied am menschlichen Körper und den wohltätigen Einwirkungen von Luft, Licht und Sonne das ganze Jahr, bei vielen sogar das ganze Leben hindurch, sorgfältig entzogen.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**100 Jahre Rheindampfschiffahrt.** Im Juli d. J. werden 100 Jahre verfloßen sein, seitdem auf dem Rhein mit dem Betrieb regelmäßig und fahrplanmäßig betriebener Dampfschiffahrt begonnen wurde. Schon in den Jahren vorher hatte man allerlei Versuche in dieser Richtung hin gemacht, ohne jedoch befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Der erste Dampfer, der „Ludwig“, wurde am 10. Juli 1827 bei Mannheim in Dienst gestellt. Bald darauf wurde dort das zweite Rheinschiff „Friedrich Wilhelm“ in Betrieb genommen.

**Verzweiflungstat.** Die Ehefrau des Malermalers Klauke in Berlin versuchte heute nacht, sich und ihre drei Kinder im Alter von 9—12 Jahren in ihrer Wohnung Berlin-Moabit zu töten, indem sie die Gashähne aufdrehte. Die wegen des Gasgeruchs von Hausbewohnern benachrichtigte Polizei hat die vier Personen, die bereits bewußtlos waren, ins Leben zurückgerufen. Die Kinder wurden nach dem Moabit Krankenhaus, die Mutter als Polizeigefangene nach dem Staatstrankenhaus gebracht. Die Tat soll durch zerrüttete Eheverhältnisse veranlaßt worden sein.



